



+++ Info +++

### GEZ-Gebühren ab 1. Januar 2013

Die GEZ ändert ihr Abrechnungsmodell. Künftig gilt der Grundsatz, dass für jede Wohnung ein Rundfunkbeitrag bezahlt werden muss, egal, wie viele Personen in der Wohnung leben und wie viele Rundfunkgeräte dort vorhanden sind.

Ziel der Umstellung ist die Stabilisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf finanzieller Ebene. Außerdem soll das neue Beitragsmodell zu mehr Transparenz, größerer Gerechtigkeit und weniger Bürokratie beitragen.

Die Zahl der „Schwarzseher“, die ihre Empfangsgeräte zuvor nicht der GEZ gemeldet hatten, wird im Zuge der Änderungen wohl massiv sinken, denn die Zentrale erhält ihre Daten nun direkt vom Einwohnermeldeamt. Die Notwendigkeit von Kontrolleuren wird damit entfallen.

# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

11. Dezember 2012

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

armbruchbedingt habe ich den SPD-Parteitag am Sonntag nicht live in Hannover erlebt, sondern bei Phoenix gesehen und mich ganz allein über die 93,45 Prozent der Stimmen gefreut, die Peer Steinbrück bei der Wahl als SPD-Kanzlerkandidat erhalten hat. Das war ein tolles Ergebnis - aber ich muss auch sagen, dass ich seine Bewerbungsrede ausgesprochen gut fand und deshalb auch glaube, dass er mit dieser Rede tatsächlich noch viele zögernde Delegierte überzeugt hat. Er hat in seiner Rede den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft in den Vordergrund gestellt. Durch Egoismen und Renditejagd sei dieser soziale Zusammenhalt gefährdet und die Politik müsse den Märkten wieder neue Grenzen setzen. „Es geht um ein neues Gleichgewicht. Es geht um die Renaissance der sozialen Marktwirtschaft. Und es geht darum, die Marktwirtschaft wieder stärker auf das Gemeinwohl zu verpflichten.“ Deutschland brauche „mehr *Wir* und weniger *Ich*“.

Peer Steinbrück hat sodann nochmal deutlich gemacht, dass die SPD den gesetzlichen Mindestlohn einführen wolle, eine Solidarrente schaffen und verstärkt in Bildung investieren werde. Dafür soll das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Zur Finanzierung seiner Vorstellung kündigte er an, den Spitzensteuersatz zu erhöhen und eine Vermögenssteuer einzuführen.

Ein weiterer Schwerpunkt seiner Rede war die Gleichheit zwischen Frauen und Männern. Er gestand, dass er vor einigen Jahren eine Frauenquote noch nicht befürwortet habe, nun aber erkennen müsse, dass es anders offenbar nicht gehe. Sein Ziel sei, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass Männer und Frauen Familie und Karriere in Zukunft besser vereinbaren könnten.

Mir persönlich hat auch besonders gut die Passage zum Thema Soziale Stadt, Wohnen und Mietrecht gefallen. Dies ist ein Bereich, in dem wir unbedingt stärker durch die Politik eingreifen müssen. Das Programm Soziale Stadt muss weiter geführt werden, der Anstieg der Mieten muss begrenzt werden, der soziale Wohnungsbau muss verstärkt fortgeführt werden und die Verschlechterung der Rechte der Mieterinnen und Mieter durch diese Koalition muss wieder aufgehoben werden (siehe S. 3).



**Im Bundestag:**

**Weihnachtsbaum der Lebenshilfe**

Der mittlerweile schon traditionelle Weihnachtsbaum der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. steht auch dieses Jahr wieder im Ostfoyer des Reichstagsgebäudes. Er soll während der Adventszeit ein Zeichen für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Deutschen Bundestag setzen.

Bei der festlichen Entgegennahme durch Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald hat meine Kollegin und Lebenshilfe-Vorsitzende Ulla Schmidt eine Rede gehalten. Sie gedachte der Opfer des Brandes in Titisee-Neustadt, bei dem 13 behinderte Beschäftigte und eine Betreuerin einer Caritas-Werkstatt gestorben sind. Sie sprach auch an, dass Menschen mit einer bestimmten rechtlichen Betreuung in Deutschland nicht wählen dürfen: „Doch Menschen mit Behinderungen sind unsere Mitbürger und haben ein Recht auf Teilhabe am politischen Leben“.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dies ist die letzte Sitzungswoche in diesem Jahr und sie ist sehr vollgepackt. Ich muss zusätzlich täglich eine Stunde mit meinem gebrochenen Arm in die Physiotherapie - aber die Heilung macht Fortschritte.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros freuen sich auf die Weihnachtspause – und damit wir sie auch alle genießen können, sind unsere Büros in Berlin und in Darmstadt vom 21. Dezember bis zum 2. Januar geschlossen. Wenn Ihnen in dieser Zeit etwas einfällt, was Sie uns mitteilen möchten, sprechen Sie es gerne auf den Anrufbeantworter oder schicken Sie uns eine E-Mail.

Jetzt wünsche ich Ihnen eine schöne verbleibende Adventszeit, ein fröhliches, erholsames Weihnachtsfest und ein glückliches, gesundes neues Jahr.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

*Euse / Ihre Brigitte Zypries*



Catrin Geier, Anne Marquardt und Martin Griga aus dem Darmstädter Büro fehlen leider auf dem Bild!



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fotos:  
S. 2: *privat*  
S. 3: *Thomas Pieruschek* ([aboutpixel](http://aboutpixel.de))

### Soziales Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern

Am Donnerstag dieser Woche steht eine Plenardebatte zum Thema Mietrecht auf der Tagesordnung. Anlass ist das von der Bundesregierung vorgeschlagene **Mietrechtsänderungsgesetz**. Zuletzt haben wir 2001 das soziale Mietrecht modernisiert um es an die tatsächlichen Lebensverhältnisse anzupassen. Schließlich ändern sich die Wohn- und Mietbedingungen laufend. Durch die Änderungen wurde das Mietrecht einfacher, übersichtlicher und gerechter.

**Leider enthält der Gesetzentwurf der Bundesregierung, über den wir am Donnerstag abstimmen, Regelungen, die eindeutig und einseitig zu Lasten der Mieter gehen.** Ein Beispiel ist die energetische Sanierung von Wohnungen. Natürlich ist die klimabewusste Gebäudesanierung sehr wichtig, denn sonst werden wir die ambitionierten energiepolitischen Ziele nicht erreichen können. Die Kosten dafür müssen aber fair verteilt und die Interessen aller Beteiligten - Mieter wie Eigentümer - austariert werden. Das ist in dem Gesetzentwurf der Regierung eindeutig nicht der Fall. Dort wird z.B. nicht berücksichtigt, ob die Baumaßnahmen an einer Wohnung überhaupt dazu führen, dass Energie und Heizkosten gespart werden. Es wird auch nicht sichergestellt, dass die Mieten im Anschluss an Modernisierungsmaßnahmen bezahlbar bleiben. Weitere kritische Punkte: der Ausschluss der Mietminderung von 3 Monaten bei energetischer Sanierung, die fristlose Kündigung bei Zahlungsverzug der Mietkaution und die Vereinfachung der Räumung der Wohnung durch den Vermieter.

**Die SPD-Fraktion hat einen Antrag zu dem Gesetzentwurf gestellt. Wir fordern darin, dass das bestehende Mietminderungsrecht beibehalten wird.** Wir wollen außerdem, dass nicht wie vorgesehen 11 % der Sanierungskosten auf die Mieter umgelegt werden dürfen, sondern nur 9 %. **Es dürfen durch Sanierungsmaßnahmen auch keine zusätzlichen Kosten für Wohngeldempfänger entstehen.** Besonders wichtig finde ich: **die Kommunen sollen ein Interventionsrecht gegen Maßnahmen zur Mietsteigerung bekommen, damit prekäre Mietsituationen in bestimmten Wohnbereichen vermieden werden können.**

In vielen Städten haben sich in den letzten Jahren die Mieten steil nach oben bewegt – ganz anders als die Einkommen der Bewohner. Bei genereller Wohnraumknappheit, wie wir sie in Darmstadt haben, verschärfen sich die Probleme natürlich noch. **Das Mietrecht hat eine wichtige Bedeutung für uns alle. Schließlich ist die Wohnung unser privater Existenzmittelpunkt und Einschränkungen der Wohnsituation treffen uns daher ganz unmittelbar.** Deshalb ist es so wichtig, dass wir einen klaren Rechtsrahmen haben, der auch den Interessen der Mieter gerecht wird und sie vor ungerechtfertigten Einschränkungen schützt.